

Streikdrohung der Bankbeamten.

Gestern nachmittags hielten die Bankbeamten im Kursalon eine zahlreich besuchte Vertrauensmännerversammlung ab, die einen sehr stürmischen Verlauf nahm.

Präsident Anfricht des Reichsvereins der Bankbeamten erörterte die Forderungen der Organisation, die auf Einführung eines modernen Dienstvertrages abzielen. Ein vielumstrittener Punkt sei die Personal-Kommission, der ein entscheidender Einfluß auf alle Personalangelegenheiten eingeräumt werden müsse. Weiter wird die Teilnahme und Kontrolle der gesamten Geschäftsführung sowie die Einräumung eines entsprechenden Einflusses auf die Verwendung der aus den verschiedenen Verwaltungsratsstellen fließenden Dotationen gefordert.

In der sich hierauf anschließenden Debatte nahmen mehrere Redner gegen die laue Taktik des Vorstandes Stellung. Sie wiesen darauf hin, daß sich die Leitung die Verschleppungstaktik des Unternehmerverbandes ruhig gefallen lassen habe. Schließlich gelangte ein aus der Mitte der Versammlung gestellter Antrag, die Montag mit dem Bankerverband beginnenden Verhandlungen bis zum

*) Spenden für „Das neue Haus“ nimmt die Verwaltung des Blattes gern entgegen und weist dieselben aus.

10. April zu befristen, einstimmig zur Annahme. Die Stimmung der Versammlung ließ keinen Zweifel darüber übrig, daß bei Ablehnung der Forderungen ein Streik der organisierten Bankbeamten zu gewärtigen ist.

Zum Schluß der Versammlung erstattete der Sekretär des Reichsvereins Aba. Allina ein Referat über die bevorstehenden Wahlen in den Arbeiter- und Angestelltenrat, wobei er auch das Sozialisierungsproblem streifte. Die Beamten sehnen, wie alle arbeitenden Menschen, den Zeitpunkt herbei, in dem ihre Arbeit dem Wohle der Gesellschaft dienen und nicht die Quelle der Bereicherung einzelner und der Aufrechterhaltung des arbeitslosen Renteneinkommens dienen werde. Die Versammlung beschloß, sich an den Wahlen in den Arbeiterrat zu beteiligen.

Bewegung unter den Bankbediensteten.

Der Reichsbund der Skontisten gibt bekannt, daß die Organisation an die Direktionen sämtlicher Bank- und Kreditinstitute nachstehende Forderungen schriftlich gestellt habe: 1. der Titel „Herr“ für alle Bankbediensteten; 2. Abschaffung des Titels „Diener“ und Einführung der Bezeichnungen „Kanzleigehilfe“ oder „Kassengehilfe“; 3. Ernennung verlässlicher Skontisten zu Unterbeamten oder Kanzleibeamten; 4. Abschaffung der reklamehaften Uniformen und Knappen; Ausgabe von Legitimationen, Zivilkleidern und Güten; 5. Abschaffung der Verpflichtung zu standesunwürdigen Aufräumungsarbeiten und Einstellung eines eigenen Hauspersonals (Frauen); 6. keine unbegründet lange Ausdehnung der Bureaustunden und Entlohnung für unbedingt notwendige Überstunden; 7. Erhöhung der Bezüge. Hierzu eine außerordentliche Zuschüsse von 1000 Kronen für jeden Bediensteten und von 200 Kronen für jedes Kind der betreffenden Familie.